



Schreckgespenster



Es ist anmaßend, was der Grüne Fraktionsvorsitzende **Werner Graf** im Gespräch mit dem rbb24 InfoRadio äußerte: „Wenn wir die Tür zur SPD wieder aufmachen, sollte da nicht das Schreckgespenst **Franziska Giffey** dahinterstehen“. Das sagt nun ausgerechnet ein Vertreter der Partei, deren

eigenes Schreckgespenst es erneut nicht geschafft hat, Regierende Bürgermeisterin zu werden. Wann begreifen die Grünen endlich, dass sie derzeit mit **Bettina Jarasch** keine Wahlen gewinnen können? Unglaublich, dass Jarasch jetzt Fraktionsvorsitzende werden soll und sich die Amtsinhaberin **Silke Gebel** in die zweite Reihe zurückziehen muss.

Selbst **Heinz Buschkowsky**, der sonst keine Gelegenheit auslässt, **Franziska Giffey** hart zu kritisieren, gehen die Äußerungen von Graf zu weit. „Die Grünen sind ausschließlich ideologiegetrieben. Wenn sie nicht kriegen, was sie wollen, werden sie giftig wie ein Fliegenpilz. Erst mit Giffey regieren, dann mit Dreck werfen.“ Wo er Recht hat, hat er Recht. *Q: B.Z.*

Die Grünen sind verständlicherweise stinksauer darüber, dass sich Giffey für Schwarz-Rot entschieden hat. Es wurmt sie offenbar vor allem, dass es ihnen nicht rechtzeitig vor der SPD gelungen ist, mit der CDU Koalitionsverhandlungen zu verabreden. Die Zusammenarbeit von Rot-Grün-Rot hätte vermutlich die volle Legislaturperiode nicht überstanden. Häufig hört man aus SPD-Kreisen, dass es gerade mit den Grünen immer unerträglicher wurde.

Die großen Worte, die jetzt von Grünen und Linken bezüglich einer künftigen Zusammenarbeit mit der SPD geäußert werden, haben ein kurzes Haltbarkeitsdatum. Wenn es passt, wird man auf die SPD wieder zugehen. Derzeit passt es von keiner Seite. Das sollten auch die linken Sozialdemokraten einsehen, die jetzt eine regelrechte Kampagne gegen die CDU fahren und sie als Schreckgespenst darstellen. Die Mehrheit der Parteimitglieder wird vernünftig sein und der Koalition zustimmen. Für Berlin ist diese Koalition der beste Weg, um mal wieder von der Links-Grünen Klientelpolitik wegzukommen.



Welch besseren Ort als die Ideen-Schmiede auf dem **EUREF-Campus** hätte man sich für den Auftakt der Koalitionsverhandlungen aussuchen können? Im ältesten Restaurant auf dem Campus ist es sehr gemütlich und gibt es schmackhafte Pizzen.



screenshot Hauptstadt TV
Kai Wegner, Franziska Giffey und Raed Saleh



Nach fünfstündigen Verhandlungen warteten die Medien gespannt auf die ersten Ergebnisse. Sie wurden nicht enttäuscht. Den Journalisten wurde ein achtseitiges Papier in die Hand gedrückt, dessen Überschrift den Weg vorzeichnet: „Das Beste für die Stadt - innovativ, verlässlich, sozial und nachhaltig! Eine Koalition der Verantwortung und des Respekts.“ In dem Papier heißt es weiter:



„Berlin als weltoffene Metropole, als pulsierende Großstadt und als attraktiver Wirtschaftsstandort hat eine Regierung verdient, die dieser Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern dient. CDU und SPD glauben an Berlin, an die Berlinerinnen und Berliner, an das Potenzial unserer Stadt. Berlin gehört allen – und muss für alle funktionieren.“

CDU und SPD bekennen sich zu einer Politik der Verantwortung und des Respekts. Sie bekennen sich zur Vielfalt unserer Stadt und zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen. Dafür streben CDU und SPD eine Koalition an, die vertrauensvoll zusammenarbeitet, die zügig und lösungsorientiert bestehende Probleme anpackt und hart dafür arbeitet, dass Berlin jeden Tag ein bisschen besser funktioniert.

CDU und SPD wollen und müssen neues Vertrauen in politisches Handeln stiften und die Stadt wieder zusammenführen, wo in den vergangenen Jahren tatsächliche oder vermeintliche Gräben entstanden sind. Dabei geht es nicht darum, Berlin neu zu erfinden. Berlin bleibt Berlin. Es geht darum, Berlin noch besser zu machen. Es geht darum, dort an die richtigen Entscheidungen der letzten Jahre anzuknüpfen, wo wir Erfolge sehen können. Und es geht darum, dort neue Wege zu gehen, wo Berlin noch nicht so funktioniert, wie man sich das wünscht.



Dafür muss eine neue Koalition schnell, zielgerichtet und effektiv ihre Arbeit aufnehmen. Die neue Koalition hat für ihre großen Aufgaben nicht viel Zeit. Sie muss deshalb so schnell wie möglich gebildet werden können. Insbesondere müssen unverzüglich unumkehrbare Weichen für eine grundlegende Reform und Modernisierung der Berliner Verwaltung gestellt werden, wenn Berlin in Zukunft noch handlungsfähig sein soll.“

Die im Papier genannten Themenbereiche müssen in den kommenden Verhandlungen jetzt ausformuliert werden. Schon Ende des Monats soll der Koalitionsvertrag stehen. Dann folgt bei der SPD eine Mitglie-

derbefragung und beide Parteien werden noch Parteitage abhalten müssen. Wenn alles klappt, steht die neue Regierung im Wonnemonat Mai. Und bis dahin werden die jetzigen Koalitionäre noch die Schreckgespenster der jeweils anderen ertragen müssen.



Mit diesen Themen werden sich die Arbeitsgruppen in den nächsten drei Wochen beschäftigen:

Berlin – eine Stadt, die funktioniert und deren Verwaltung für die Berlinerinnen und Berliner da ist.

Berlin – eine weltoffene Metropole, die auf Vielfalt setzt.

Berlin – eine sichere Metropole für alle.

Berlin – eine Chancen-Metropole, die Aufstieg durch Bildung garantiert.

Berlin – eine bezahlbare Metropole, die Mieterinnen und Mieter schützt und schneller baut.

Berlin – eine mobile Metropole für alle.

Berlin – eine klimagerechte Metropole, die Innovation und Klimaschutz zusammendenkt.

Berlin – eine innovative Wachstumsmetropole, die gute Arbeit schafft, wirtschaftlich erfolgreich ist und für sozialen Ausgleich sorgt.

Berlin – eine Gesundheitsmetropole, die Spitzenforschung und gute Versorgung für alle zusammenbringt.

Berlin – eine Wissenschaftsmetropole, die auf kluge Köpfe und neue Ideen setzt.

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch